

Ausschuß für Innere Verwaltung**Protokoll**

45. Sitzung (nicht öffentlich)

25. November 1993

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.30 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Reinhard (SPD)

Stenographin: Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

Vor Eintritt in die Tagesordnung

- | | |
|---|---|
| a) Antrag der CDU-Fraktion "Bekämpfung der Massenkriminalität" | 1 |
| b) Geplante Reise einer Kommission des Ausschusses in die USA und nach Mexiko im Jahre 1994 | 1 |

Der Ausschuß lehnt den Antrag des Abgeordneten Appel (GRÜNE), Ausschußassistent Frölecke zu beauftragen, nach einer den inhaltlichen Ansprüchen gerecht werdenden alternativen Lösung für die Reise zu suchen, um sich über die Probleme "Drogenhandel" und "illegale Migration" zu informieren, und zwar im europäischen Ausland, gegen die Stimmen der GRÜNEN einstimmig ab.

1 Haushaltsgesetz 1994

4

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/5900

Einzelplan 03 - Innenministerium

Vorlagen 11/2378, 11/2379, 11/2477 und 11/2479
Zuschriften 11/2900 und 11/2971

(Die Änderungsanträge, auf die in den folgenden Ausführungen Bezug genommen wird, sind diesem Protokoll als Anlagen 1 bis 3 beigelegt; die Numerierung entspricht jeweils der von den Fraktionen gewählten.)

Änderungsanträge der CDU-Fraktion

Zu 1

5

Kapitel 03 010 Ministerium
Titel 812 10 Erwerb von Geräten, Ausrüstungs- und
Ausrüstungsgegenständen im Inland

Der Antrag wird mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und F.D.P. bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Zu 2

5

Kapitel 03 020 Allgemeine Bewilligungen
Titel 422 10 Beihilfen aufgrund der Beihilfenverordnung

Der Ausschuß hält es für sachgerecht, den Antrag im Innenausschuß nicht zu entscheiden, sondern wegen der einzelplanübergreifenden Bedeutung der Ansätze für Beihilfen im Haushalts- und Finanzausschuß eine Klärung über die Berechnungsgrundlage herbeizuführen und dort abzustimmen.

Zu 3

5

Kapitel 03 110 Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des
Landes Nordrhein-Westfalen
Titel 422 10 Bezüge der Beamten

Der Antrag wird mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der Vertreterin und des Vertreters der Fraktionen von F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Zu 4

6

Kapitel 03 370 Fortbildungsakademie des Innenministeriums NW
Titel 518 10 Mieten und Pachten für Gebäude, Grundstücke und
Räume
Titel 522 00 Verpflegungskosten
Titel 527 10 Reisekostenvergütungen für Dienstreisen
Titel 712 00 Neubau der Fortbildungsakademie in Herne

Der Antrag der CDU-Fraktion wird gegen die Stimmen der CDU-Fraktion mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der der Abgeordneten Hussing (CDU) bei Enthaltung der Frak-

tionen von F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Anträge der SPD-Fraktion

Zu 1 und 2

6

Kapitel 03 110 Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen
Titel 422 10 Bezüge der Beamten

Die Anträge werden mit den Stimmen von SPD, CDU und GRÜNEN bei Enthaltung der F.D.P.-Fraktion angenommen.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kapitel 03 110 Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen
Titel 422 10 Bezüge der Beamten

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und F.D.P. gegen die Stimme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Gesamtabstimmung

Abschließend billigt der Ausschuß den Entwurf des Einzelplanes 03 mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der übrigen Fraktionen und ernennt den Abgeordneten Frechen (SPD) zum Berichterstatter.

**2 Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Lippischen Landes-
Brandversicherungsanstalt Detmold**

8

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/6199

Der Gesetzentwurf wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Abwesenheit der Fraktion der F.D.P. gebilligt.

**3 Verwaltungsabkommen über die Forschung auf dem Gebiet des
Brandschutz- und Feuerwehrwesens vom 26. August 1993**

8

Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung
Drucksache 11/6119

Das Abkommen wird mit den Stimmen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Abwesenheit der Vertreterin der Fraktion der F.D.P. gebilligt.

- 4 **Übereinkommen über den Beitritt der Regierung der Italienischen Republik vom 27. November 1990, des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik vom 25. Juni 1991 sowie der Griechischen Republik vom 6. November 1992 zu dem Übereinkommen von Schengen vom 14. Juni 1985 zwischen den Regierungen der Staaten der Benelux-Wirtschaftsunion, der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen sowie zu dem Übereinkommen vom 19. Juni 1990 zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 zwischen den Regierungen der Staaten der Benelux-Wirtschaftsunion, der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen** 9

Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung
Drucksache 11/6140

Der Ausschuß stimmt dem Übereinkommen mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU gegen die Stimme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der F.D.P.-Fraktion zu.

Ausschuß für Innere Verwaltung
45. Sitzung

25.11.1993
ni-lg

Seite

- 5 Gesetz über den freien Zugang zu Informationen über die Umwelt 9**
(Umweltinformations- und Akteneinsichtsrechtsgesetz für das
Land Nordrhein-Westfalen - UAG NW)

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 11/5387

Vorlage 11/2547

Mit Rücksicht auf ein entsprechendes Gesetzgebungsverfahren auf Bundesebene vertagt der Ausschuß die Beratungen, um die Ergebnisse aus Bundestag und Bundesrat abzuwarten. Staatssekretär Riotte wird gebeten, in der nächsten Sitzung einen Sachstandsbericht zu geben.

- 6 Aufenthaltsrecht für Vertragsarbeitnehmer und -arbeitnehmerinnen der ehemaligen DDR 10**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 11/4032

Vorlage 11/2538

Der Ausschuß vertagt die Abstimmung über den Antrag um vier Monate und damit bis zu dem Termin, zu dem die Duldung der früheren Vertragsarbeitnehmer ausläuft und die Innenministerkonferenz, falls sich dann noch betroffene Personen im Bundesgebiet aufhalten, neu zu entscheiden hat.

- 7 Gefahrguttransporte auf den Straßen Nordrhein-Westfalens -
Konzept zum effektiveren Einsatz der Polizei bei der Kontrolle von gefährlichen Gütern auf der Straße** 11

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 11/2695

Vorlagen 11/1216 und 11/2285

Auf Vorschlag der antragstellenden Fraktion wird der Antrag für erledigt erklärt.

- 8 Stand des Verfahrens im "Fall Such"** 11
(s. Anlage 4)

Aufgrund einschlägiger Rechtsvorschriften sieht sich der Staatssekretär gehindert, dem Ausschuß Auskünfte zu erteilen, will aber sowohl diese Rechtsauffassung noch einmal überprüfen wie auch den Beamten um Zustimmung zur Behandlung seines Falles durch den Innenausschuß fragen und von dem Ergebnis in der nächsten Sitzung berichten.

* * * * *

Fraktion noch über das Thema "Reisen allgemein"; aus diesem Grunde könne heute keine endgültige Stellungnahme abgegeben werden.

Der letztendlich von **Abgeordnetem Appel (GRÜNE)** unterbreitete Vorschlag, der Ausschußassistent möge nach einer alternativen Lösung für eine derartige Reise zu den Komplexen "Asyl- und Drogenproblematik" suchen, schlägt für **Abgeordneten Frechen (SPD)** dem Faß den Boden aus: Entweder gebe es dringende Probleme, über die sich der Ausschuß zu informieren habe, oder aber eine Reise könne ganz unterbleiben. - **Abgeordneter Appel (GRÜNE)** setzt dem entgegen, die in Rede stehenden Schwierigkeiten existierten in europäischen Nachbarstaaten genauso und könnten dort beobachtet werden.

Der **Ausschuß** lehnt den Antrag des **Abgeordneten Appel (GRÜNE)**, Ausschußassistent Frölecke zu beauftragen, nach einer den inhaltlichen Ansprüchen gerecht werdenden alternativen Lösung für die Reise zu suchen, um sich über die Probleme "Drogenhandel" und "illegale Migration" zu informieren, und zwar im europäischen Ausland, gegen die Stimmen der GRÜNEN einstimmig ab.

1 Haushaltsgesetz 1994

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/5900

Einzelplan 03 - Innenministerium

Vorlagen 11/2378, 11/2379, 11/2477 und 11/2479
Zuschriften 11/2900 und 11/2971

(Die Änderungsanträge, auf die in den folgenden Ausführungen Bezug genommen wird, sind diesem Protokoll als Anlagen 1 bis 3 beigelegt; die Numerierung entspricht jeweils der von den Fraktionen gewählten.)

Änderungsanträge der CDU-Fraktion (s. Anlage 1)

Zu 1

Staatssekretär Riotte (Innenministerium) erläutert, die inzwischen 13 Jahre alte Kaffeemaschine der Kantine - die Kantine werde jeden Tag von 800 Angehörigen des Ministeriums und zu bestimmten Zeiten zusätzlich von mehreren hundert weiteren Personen frequentiert - könne aufgrund ihres Alters jederzeit ausfallen, was nicht riskiert werden sollte.

Ein vom Ministerium eingeholtes Leasingangebot beziffere sich auf monatlich 1 670 DM, also für 48 Monate auf 64 000 DM. Angesichts dieser Zahlen erscheine der Kauf sinnvoll.

Zu 2

Nach den Ausführungen **Staatssekretär Riottes (Innenministerium)** basiert der Ansatz auf den Angaben des für Vorgaben und Änderungen im Bereich der Beihilfe zuständigen Finanzministers, der in diesem Falle für alle Ressorts eine Anhebung von 8 % vorgegeben habe.

Abgeordneter Frechen (SPD) räumt ein, daß auch die SPD-Fraktion aufgrund der Novellierung der Beihilfenverordnung einen Einspareffekt erwartet habe, erinnert aber gleichzeitig an die Worte des Vertreters des Finanzministeriums, Ministerialdirigent Jeske, in der 35. Sitzung des Innenausschusses, als dieser bereits damals darauf hingewiesen habe, daß der Finanzminister lediglich von einer Verringerung des Kostenanstieges, der in den vergangenen Jahren bei etwa 10 % p. a. gelegen habe, ausgehe; dazu stehe, so Frechen, die jetzt durch den Finanzminister angewiesene Erhöhung der Ansätze nicht in Widerspruch.

Zu 3

Angesichts der Lücke zwischen Wünschenswertem und finanziell Machbarem bittet **Abgeordneter Frechen** um Verständnis dafür, daß das auch von der SPD-Fraktion angestrebte Ziel nicht auf einmal, sondern nur in mehreren Schritten erreicht werden könne. Einen ersten Schritt habe man mit einem Ansatz von vier Millionen DM im

Nachtrag 1993 getan und einen zweiten mit ebenfalls vier Millionen DM im Haushaltsplanentwurf 94 vorgesehen. Die letzte Phase müsse man sich allerdings für 1995 vorbehalten.

Zu 4

Abgeordneter Frechen (SPD) teilt mit, der Schulausschuß habe den Antrag, das Landesinstitut für Schule und Weiterbildung in Soest aufzulösen, abgelehnt. Es frage sich daher, ob die CDU-Fraktion unter diesen Voraussetzungen an ihrem Antrag zu Kapitel 03 370 festhalten wolle.

Abgeordnete Hussing (CDU) wird, egal, welches Ergebnis der in dem Antrag ihrer Fraktion ausgesprochene Prüfauftrag bringen werde, gegen den Antrag stimmen und ihre Bemühungen für eine Ansiedlung der Fortbildungsakademie in Herne fortsetzen.

Änderungsanträge der SPD-Fraktion (s. Anlage 2)

Zu 1 und 2

Die CDU-Fraktion hält diesen Antrag für einen Schritt in die richtige Richtung und wird ihm deshalb zustimmen, so **Abgeordneter Stallmann**. - Dem schließt sich **Abgeordneter Appel (GRÜNE)** an.

Abgeordnete Larisika-Ulmke (F.D.P.) steht dem Anliegen des Antrages wohlwollend gegenüber, folgt aber dem Beschluß ihrer Fraktion, in den Ausschüssen keine Anträge zu stellen und nur im Haushalts- und Finanzausschuß eine globale Minder- ausgabe - allerdings unter Ausschluß der Bereiche Inneres, Finanzen, Bildung und Wissenschaft - zu beantragen.

Ausschuß für Innere Verwaltung
45. Sitzung

25.11.1993
ni-lg

Abgeordneter Frechen (SPD) bezieht sich dann auf den prüfungserleichterten Aufstieg, der eines Überleitungsgesetzes bedürfe. Von seiten der Polizei, aber auch der Fraktion sei nunmehr der Wunsch geäußert worden, diejenigen mit unterdurchschnittlicher Beurteilung nicht zu überführen. Die dadurch gewonnenen 40 Stellen wolle man dazu verwenden, Ungerechtigkeiten auszugleichen. - **Abgeordneter Stallmann (CDU)** stimmt mit dieser Auffassung ebenfalls überein.

Abgeordneter Appel (GRÜNE) hegt Bedenken gegen das Prinzip der Orientierung an der Beurteilung, da Beurteilungen häufig nicht zuletzt dazu dienen, Machtpolitik zu betreiben.

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (s. Anlage 3)

Abgeordneter Stallmann (CDU) begründet die Ablehnung des Antrags durch die CDU-Fraktion damit, daß der entsprechende Antrag seiner Fraktion der weitergehende gewesen ist.

Außerdem beschäftigt sich der Ausschuß im Rahmen der Haushaltsberatungen noch mit den **Übergang der Zuständigkeiten im Asylbereich vom MAGS auf den IM (Drucksache 11/6322)**

Abgeordneter Stallmann (CDU) hat als nicht schlüssig empfunden, daß die Überführung der Zuständigkeiten vom MAGS zum Innenministerium zu einer Erhöhung des Ansatzes um 180 Millionen DM geführt habe.

Aus der Vorlage gehe im übrigen nicht hervor, ob eine volle oder nur eine 50 %ige Kostenerstattung an die Gemeinden eingerechnet sei.

Was die Kostenerstattung an die Kommunen betrifft, so habe der Innenminister eine 100 %ige Kostenübernahme zugesagt, was sich aber nicht in jeder Gemeinde so

darstellen müsse, da eine Pauschalierung der Leistungen erwogen werde, die dann aber auch eine Unterscheidung zwischen Asylbewerbern und De-facto-Flüchtlingen nicht mehr zulasse, erläutert **Staatssekretär Riotte (Innenministerium)**. - Die Umsetzung von Einzelplan 07 in Einzelplan 03 ist, wie **Oberregierungsrat Arians (Innenministerium)** ergänzt, grundsätzlich kostenneutral verlaufen, mit einer Ausnahme, nämlich eines Mehrbedarfs für die Unterhaltung von Übergangsheimen.

2 Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Lippischen Landes-Brandversicherungsanstalt Detmold

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/6199

(Keine Diskussion)

3 Verwaltungsabkommen über die Forschung auf dem Gebiet des Brandschutz- und Feuerwehresens vom 26. August 1993

Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung
Drucksache 11/6119

Auf eine Frage der **Abgeordneten Hussing (CDU)** im Zusammenhang mit § 7 des Abkommens Bezug nehmend, erläutert **Staatssekretär Riotte (Innenministerium)**, daß man zwar aus Praktikabilitätsbetrachtungen von einem Gesamthandseigentum Abstand genommen habe, die Geräte aber selbstverständlich den anderen Bundesländern zur Verfügung ständen.